

Die Lateinamerikanisierung der USA: 38,8 Millionen Latinos in den USA; kurze Erkundung einer neuen Macht

Hoffmann, Bert

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hoffmann, B. (2003). *Die Lateinamerikanisierung der USA: 38,8 Millionen Latinos in den USA; kurze Erkundung einer neuen Macht*. (Brennpunkt Lateinamerika, 12). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-445257>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 12

1. Juli 2003

ISSN 1437-6091

Die Lateinamerikanisierung der USA

38,8 Millionen Latinos in den USA: Kurze Erkundung einer neuen Macht

Bert Hoffmann

Die neuesten Daten haben es offiziell besiegelt: Latinos sind zur größten Minderheit in den USA geworden, noch vor den Schwarzen. Und ihre Zuwachsraten sind weiter rasant. Diese „Latino-isierung“ der USA verändert nicht nur Bild und Selbstverständnis der US-Gesellschaft, sie bringt auch grundlegende Veränderungen für die Politik der USA und für die Beziehungen zwischen den USA und den Staaten Lateinamerikas. Das „voto latino“ wird von den Parteien umworben wie nie zuvor. In Lateinamerika sind die Überweisungen der Emigranten in den USA für viele Länder die wichtigste Devisenquelle geworden, noch vor allen Exporten. Einblicke in die Neue Welt „Latino-Amerikas“.

Die USA: Das viertgrößte „lateinamerikanische Land“

Die jüngste, im Juni veröffentlichte Bevölkerungsschätzung des U.S. Census Bureau markiert einen Meilenstein für die USA: Mit 38,8 Millionen sind Latinos (in der Sprache des Zensus: *Hispanics*) zur zahlenmäßig größten Minderheit in einem Land geworden, dessen ethnische Konfliktlinien, Bürgerrechtsaktivitäten von dem Blick auf „Weiße“ und „Schwarze“ beherrscht waren. Einwohner lateinamerikanischer Herkunft machen inzwischen 13,4% der Gesamtbevölkerung der USA aus (www.census.gov). Oder aus einem anderen Blickwinkel gerechnet: Mit 38,3 Millionen Latinos sind die USA das viertgrößte „lateinamerikanische“ Land nach Brasilien, Mexiko, Kolumbien und knapp vor Argentinien.

Und die Tendenz ist weiter steigend. Die „Latino-isierung“ der USA wird sich in den kommenden Jahren noch sehr viel massiver zeigen, denn die Gruppe der Latinos hat weit höhere Zuwachsraten als die „weiße“ Mehrheitsbevölke-

rung oder die bisherige „erste Minderheit“ der Afroamerikaner. Stieg die Bevölkerung in den vergangenen zwei Jahren um 7 Millionen, so war die Hälfte dieser neuen US-Amerikaner lateinamerikanischer Herkunft. Die Zahlen sind deutlich: Wuchs die US-Gesamtbevölkerung im vergangenen Jahr um 1,1%, so wuchs die Latino-Bevölkerung in den USA um 4,1%. Dieser Zuwachs ist zu etwa gleichen Teilen das Ergebnis der vergleichsweise hohen Geburtenrate der bereits in den USA lebenden Latinos sowie der fortgesetzten Migration aus Lateinamerika in die USA.

Der hohe Bevölkerungsanteil der Latinos setzt sich jedoch nicht in gleichem Maße um in politisches Gewicht. Dies ist nicht zuletzt die Folge davon, dass die US-Latinos eine sehr heterogene Bevölkerungsgruppe darstellen und es „die Latinos“ im Grunde nur in der Fremdwahrnehmung gibt: Die große Mehrzahl der US-Bevölkerung lateinamerikanischer Herkunft identifiziert sich sehr viel mehr über das jeweilige Land ihrer Her-

Wer ist die „erste Minderheit“ der USA? Eine Anmerkung zum Disput über die Daten

Die jüngst veröffentlichte Bevölkerungsschätzung versteht sich als Fortschreibung des umfassenden Zensus des Jahres 2000 (www.census.gov). Bereits dieser Zensus hatte für großes öffentliches Aufsehen gesorgt, weil bereits hier der symbolisch so aufgeladene Meilenstein erreicht schien, demzufolge Latinos vor den Schwarzen oder Afroamerikanern zur „ersten Minderheit“ der USA geworden sind. Doch statistische Daten über ethnische Zugehörigkeit sind ein schwieriges Geschäft, und ein Streit um die Daten entbrannte. Schließlich sind „Latino“ und *Afro-American* keine sich ausschließenden Kategorien. Rund 1,7 Millionen der Befragten gaben beides an. Warum sollte ein in dritter Generation in den USA lebender Nachfahre jamaikanischer Einwanderer als *Hispanic* zählen und nicht als *Afro-American*? Vertreter von Latino-Organisationen wiederum kritisierten die Zensus-Daten dafür, dass sie die 4 Millionen Puertoricaner, die auf der Insel leben, nicht mitzählen, obwohl diese ja auch US-Bürger seien – und mit diesen seien Latinos schon lange die „erste Minderheit“ der USA.

Die Schätzung 2003 nun beseitigt zwar nicht die grundsätzlichen Probleme bei der ethnischen Etikettierung von Menschen, doch zumindest der Zahlen-Streit um die Frage, welche Gruppe die größte Minderheit stellt, kann als beendet betrachtet werden: Auch wenn man die sich als schwarz identifizierenden US-Einwohner lateinamerikanischer oder karibischer Herkunft als Afroamerikaner zählt, sind die Latinos die größere Gruppe.

Den Rang als „erste Minderheit“ erreicht zu haben, wurde von vielen Vertretern der *Latino-Community* als bedeutender Schritt gesehen, da damit auch erhöhte Aufmerksamkeit und in der Folge erhöhtes soziales und politisches Gewicht der einst „unsichtbaren Minderheit“ der Latinos verbunden wurde. Gleichzeitig hat diese numerische Konkurrenzstellung zu den Schwarzen das vielerorts ohnehin gespannte Verhältnis zwischen beiden Gruppen zusätzlich belastet. Roberto Suro, der Direktor des *Pew Hispanic Center* der *University of Southern California*, warnte denn auch: „Es kann etwas sehr Zerstörerisches haben, dies als eine Art Nase-Vorn-Wettbewerb wie bei einem Pferde-Rennen zu betrachten. Der Meilenstein dieser Daten besteht nicht in dem, was sie über das Verhältnis zwischen Schwarzen und *Hispanics* aussagen, sondern was sie über den Wandel der US-amerikanischen Gesellschaft mitteilen.“

kunft als über den Kontinent insgesamt. Die drei größten nationalen Gruppen etwa, die *Mexican-Americans* (67%), Puertoricaner (8,6%) und *Cuban-Americans* (3,7%), treten politisch und sozial eher selten gemeinsam auf. Die alte kubanische Oberschicht, die nach der Revolution Fidel Castros 1959 die Insel verließ, verbindet sozial und politisch nur wenig mit den armen Immigranten aus Mexiko, die in den USA Arbeit als Landarbeiter oder Hausangestellte suchen.

Doch die Differenzen innerhalb der Gruppe der Latinos resultieren keineswegs nur aus ihrer unterschiedlichen Herkunft, vielmehr werden sie auch durch ihre unterschiedlichen Erfahrungen als Immigranten in den USA beständig neu genährt. Die Puertoricaner etwa sind dank des speziellen Status der Insel als „Freier und Assoziierter Staat“ der USA per Definition US-Bürger, was eine Vielzahl von Rechten einschließt, die sich Immigranten aus Mexiko in oft zähen Prozessen erkämpfen müssen. Daraus resultiert die Sorge der puertoricanischen *Community*, durch eine Identifikation als „Latinos“ oder *Hispanics* ihre bisherige Stellung in der US-Gesellschaft mehr zu gefährden als zu befördern. Beispielhaft dafür ist das Scheitern einer gemeinsamen „Hispanischen Parade“ in New York; stattdessen wird im Juni auf der *Fifth Avenue* alljährlich eine separate *Puerto Rican Day Parade* abgehalten (Hensel 2003).

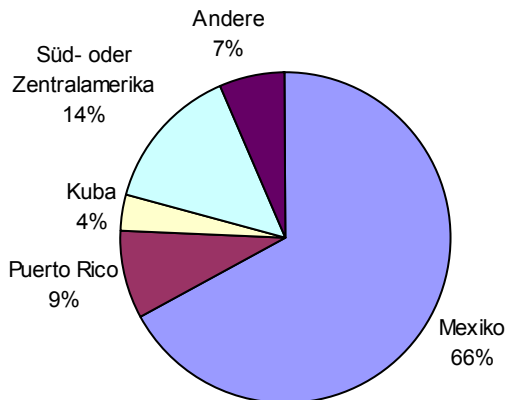
Von der „unsichtbaren Minderheit“ zur umworbenen Wählergruppe

Entscheidend dafür verantwortlich, dass die Latinos in den USA lange Zeit politisch als *invisible minority* galten, ist zudem der Umstand, dass Schätzungen zufolge nur rund 40% der Latino-Bevölkerung wahlberechtigt sind. Knapp ein Drittel der Latinos in den USA, so die Annahme, hat nicht die US-Staatsbürgerschaft. Hinzu kommt der überproportional hohe Anteil von Kindern und Jugendlichen unter denen, die in den USA geboren wurden und somit Staatsbürger sind.

Dennoch hat gerade die letzte Präsidentschaftswahl dazu beigetragen, die Bedeutung des *voto latino* ins Rampenlicht der US-Politik zu rücken. Mit Ausnahme der Kubano-Amerikaner, die traditionell Republikaner wählen, galten die Latinos als sichere Klientel der Demokraten, vermittelt insbesondere über Themen wie öffentliche Gesundheitsversorgung, Schulbildung und andere *Issues*, die im weitesten Sinne die soziale Verantwortung des Staates einfordern.

Doch George W. Bush verdankt seinen knappen Sieg über Al Gore unter anderem auch der Tatsache, dass er mehr Wählerstimmen der *Latino-Community* als jeder andere republikanische Kandidat vor ihm gewinnen konnte. Wo nicht weniger als ein Drittel der Bevölkerung von Texas Latinos sind, konnte der Texaner Bush sich

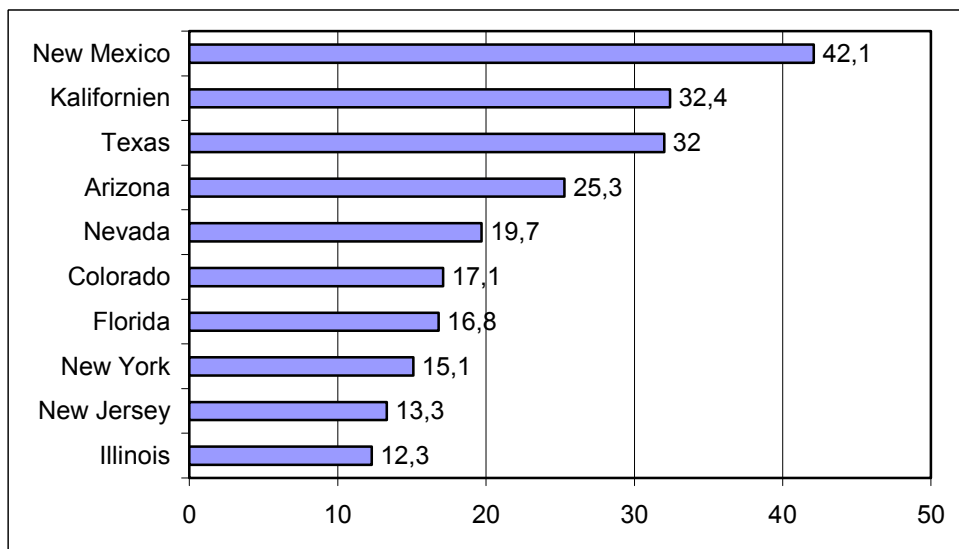
**Grafik 1: Latinos in den USA
nach Herkunftsländern, 2002**



Quelle: U.S. Census Bureau 2003 (www.census.gov).

erhebliche atmosphärische Heimvorteile zunutze machen. Der Musterschüler Al Gore mag ihm intellektuell haushoch überlegen sein – aber Bush kann jederzeit ein paar Halbsätze Spanisch aus dem Ärmel schütteln, Gore nicht. Die Hemdsärmeligkeit Bushs wurde als positiver Gegensatz zur Abgehobenheit des *East-Coast-Establishments* inszeniert. Zudem verstanden es Bushs Wahlstrategen geschickt, inhaltliche Brücken zu schlagen, von katholischen Traditionen über konservative *family values* bis hin zur Ausnutzung der negativen Erfahrungen der Immigranten mit Staat und Bürokratie. Im Ergebnis gewann Bush 35% der Latino-Stimmen, ein massiver Einbruch in eine soziale Hochburg der Demokraten, die diese lange Zeit sicher geglaubt hatten.

**Grafik 2: Die 10 US-Bundesstaaten
mit höchstem Latino-Anteil an der Gesamtbevölkerung, 2000**



Quelle: U.S. Census Bureau 2003 (www.census.gov).

Die Affinität zwischen Latinos und der Demokratischen Partei findet ihren Ausdruck auch in der Parteizugehörigkeit der Latinos in Wahlämtern im politischen System der USA. Nach Angaben der *National Association of Latino Elected and Appointed Officials* (NALEO) sind landesweit 5205 Latinos in Wahlämtern, davon viele auf lokaler Ebene und ohne Parteizugehörigkeit. Wo eine Parteizugehörigkeit genannt wird, stehen Demokraten im Verhältnis 10:1 zu Republikanern. Während im US-Senat noch kein Latino vertreten ist, ist ihre Zahl im Repräsentantenhaus mit den Zwischenwahlen 2002 auf 25 angestiegen, in der Mehrheit Demokraten.

Das Voto Latino: Ende der Stammwählerschaft

Doch die Zeiten sind vorbei, in denen für die Demokraten auf diese automatische Identifikation Verlass war. Wo die Latinos nicht mehr zu 75 oder 80% auf eine Partei festgelegt sind, sondern als *swing vote* erscheinen, das in die eine oder andere Richtung ausschlagen kann, bekommen sie eine Schlüsselstellung in der Wahlarithmetik der USA. Hinzu kommt, dass das US-amerikanische *Winner takes all*-Wahlsystem den bevölkerungsreichsten Staaten überproportionales Gewicht bei nationalen Wahlen gibt – und in vier der fünf größten Staaten der USA (Kalifornien, New York, Texas und Florida) ist der Latino-Anteil so hoch, dass er leicht wahlentscheidende Bedeutung hat (s. Grafik 2).

Die Zwischenwahlen zum Kongress 2002 haben dies ebenso bestätigt wie Umfragen im Auftrag beider Parteien. Auch wenn die von den Demokraten in Auftrag gegebene Studie einen relativen Popularitätsverlust Bushs bei den Latino-Wählern konstatiert, so kommt sie doch vor allem zu dem Ergebnis, dass die Latinos keine sichere Stammwählerschaft darstellen, sondern vielmehr als Wechselwähler zu betrachten sind. Den Demokraten drohe strukturell und langfristig große Gefahr, so der Leiter der Umfrage Sergio Bendixen, wenn die Partei sich nicht aktiver als bisher um die Interessen und Wählerstimmen der Latinos bemüht.

In der Folge hat das große Werben um das *voto latino* für die Präsidentschaftswahlen 2004 bereits begonnen. Bei der jüngsten Konferenz der *National Association of Latino Elected Officials*, einer Lobby-Gruppe der Latinos in der US-Politik, erschienen nicht weniger als sechs rivalisierende Kandidaten der Demokratischen Partei persönlich (und zwei weitere zugeschaltet per Satellit), um vor den Delegierten ihr Engagement für die Sache der Latinos in den USA zu beschwören.

Tab. 1: Hispano-Anteil an der Bevölkerung von Gemeinden in den USA, 2000

East Los Angeles, CA	97%
Laredo, TX	94%
Brownsville, TX	91%
Hialeah, FL	90%
McAllen, TX	80%
El Paso, TX	77%
Santa Ana, CA	76%
El Monte, CA	72%
Oxnard, CA	66%
Miami, FL	66%

Quelle: U.S. Census Bureau 2003 (www.census.gov).

Auch die Bush-Regierung hat die Latinos zur strategischen Wählergruppe für die Präsidentschaftswahlen 2004 erklärt. Während Latinos im Jahr 2000 letztlich lediglich 4% der effektiven Wahlbeteiligung ausmachten, geht die jüngst von den Republikanern in Auftrag gegebene Studie davon aus, dass sie 2004 bereits 7% aller Wähler stellen. Dieser Sprung um fast das Doppelte geht über das demographische Wachstum hinaus; er resultiert zum einen daraus, dass das in den letzten Jahren so deutlich gewachsene Interesse der etablierten Politik an der Latino-Bevölkerung, so die Erwartung, in der Umkehrung auch eine er-

höhte Identifikation der Latinos mit dem etablierten System – und als ein Ausdruck davon eine erhöhte Wahlbeteiligung – zur Folge haben sollte.

Beide Parteien haben großangelegte Kampagnen gestartet, um die zunehmend wichtiger werdende Klientel der Latinos an sich zu binden. Die Sprache spielt dabei eine zentrale Rolle. Während der konservative Mainstream lange Zeit die *English Only*-Politik als unverzichtbar für den Zusammenhalt der Einwanderer-Nation USA erklärt hatte, beginnt dies nun zu bröckeln. Zwar sind drei Viertel der US-Latinos nach eigenen Angaben mehr oder weniger zweisprachig, doch für die Mehrheit ist Spanisch nach wie vor die emotional bevorzugte Sprache. Spanischsprachige Werbung, Radiostationen und Fernsehkanäle erleben in den USA einen Boom, anstatt allmählich zu verschwinden, wie es der klassischen Vorstellung der Assimilation von Immigranten im *melting pot* der USA entspräche. Doch die Latinos sind als Wählergruppe inzwischen zu wichtig, als dass es opportun wäre, sie wegen ihrer Sprache gegen sich aufzubringen. Ganz im Gegenteil: Erst dieses Frühjahr wieder haben 20 republikanische Abgeordnete des US-Kongresses einen Spanisch-Sprachkurs begonnen, öffentlichkeitswirksam inszeniert als symbolische Geste gegenüber der Latino-Community.

Remittances:

Ökonomische Bande von großem Gewicht

Nicht nur für die USA, sondern auch für die Länder Lateinamerikas ist die Bedeutung der Latino-Gemeinde in den USA massiv angestiegen. In vielen Staaten sind die Überweisungen (engl. *remittances*, span. *remesas*) der Emigranten inzwischen zu zentralen Pfeilern der nationalen Ökonomie geworden. Was im Einzelnen zumeist kleinere Beträge von allenfalls ein paar hundert Dollars sind, hat in der Summe inzwischen auch die Aufmerksamkeit der internationalen Finanzwelt auf sich gezogen.

Im letzten Jahr erreichte das Gesamtvolumen der *remittances* in die Länder Lateinamerikas und der Karibik stolze 32 Milliarden US-Dollar, so der diesbezügliche Bericht des *Multilateral Investment Fund* (MIF, eine Tochter der *Inter-American Development Bank*). 78% dieser Summe kamen aus den USA, dem Migrationsziel Nummer Eins Lateinamerikas.

Remittances machen so für Lateinamerika nicht nur einen weit höheren Betrag aus als alle Entwicklungshilfe-Gelder zusammen, sondern sie entsprechen in etwa auch der Gesamthöhe ausländischer Direktinvestitionen in der Region. In

absoluten Zahlen größtes Empfängerland mit US\$ 10,5 Mrd. an *remittances*-Geldern ist Mexiko, gefolgt von Brasilien (US\$ 4,6 Mrd.), Kolumbien (US\$ 2,4 Mrd.), El Salvador (US\$ 2,2 Mrd.) und der Dominikanischen Republik (US\$ 2,1 Mrd.) (s. Tabelle 2).

Tab. 2: Überweisungen 2002 in ausgewählte lateinamerikanische Länder (in Mio. US\$)

Argentinien	184
Bolivien	104
Brasilien	4.600
Costa Rica	134
Dom. Republik	2.111
Ecuador	1.575
El Salvador	2.206
Guatemala	1.689
Guyana	119
Haiti	931
Honduras	770
Jamaika	1.228
Kolumbien	2.431
Kuba	1.138
Mexiko	10.502
Nikaragua	759
Peru	1.265
Trinidad & Tobago	59
Venezuela	235

Quelle: <http://www.iadb.org/mif/v2/>

Auch für eine so große Ökonomie wie Mexiko ist die *remittances*-Summe von enormer Bedeutung; für kleinere Volkswirtschaften wie die der zentralamerikanischen Staaten oder der karibischen Inseln ist sie oftmals die wichtigste Devisenquelle, noch vor allen Warenexporten. In sechs Staaten machten die Geldsendungen der Verwandten in den USA 2002 sogar mehr als 10% des gesamten Bruttosozialprodukts des Landes aus: Nikaragua (29,4%), Haiti (24,2%), Guyana (16,6%), El Salvador (15,1%), Jamaika (12,2%) und Honduras (11,5%) (www.iadb.org/mif).

Politisch von besonderer Brisanz ist dabei der Fall Kubas. Seit die Regierung Fidel Castros im Juli 1993 den US-Dollar auf der Insel legalisierte, sind die Überweisungen der in die USA emigrierten Familienangehörigen auch für Kuba eine Devisenquelle geworden, die für das ökonomische Krisenmanagement nach dem Wegfall der sozialistischen Verbündeten überragende Bedeutung hatte. So schrieb der kubanische Ökonom Pedro Monreal in seiner bemerkenswerten Studie zum

Thema: „Die Emigration und die Geldüberweisungen haben heute eine zentrale Stellung in der kubanischen Wirtschaft und Gesellschaft inne, die ohne Beispiel in der jüngeren Geschichte des Landes ist. De facto wirken die Überweisungen als Mechanismus der Weltmarktintegration und „Modernisierung“ Kubas. Auch wenn dies für manche eine beunruhigende Vorstellung sein mag: Das Phänomen der Überweisungen kann Ausdruck davon sein, dass (...) sich de facto ein erheblicher Teil des ‚modernen‘ Sektors der kubanischen Wirtschaft außerhalb der Landesgrenzen befindet. Eine der möglichen Implikationen daraus wäre, dass das Wohlergehen der Kubaner auf der Insel in beträchtlichem Maße von den Einkommen aus den familiären Auslandsüberweisungen abhängt.“ (Monreal 1999, S. 73).

Seit Mitte der 90er Jahre liegt die Höhe der *Remittances* aus den USA über den Einnahmen aus dem traditionell wichtigsten Exportprodukt der Insel, Zucker. Die Schätzungen für 2002 gehen von rund US\$ 1,1 Mrd. aus (www.iadb.org/mif), womit sie auch die Netto-Deviseneinnahmen aus dem Tourismus in den Schatten stellen. Auch ohne groß das Marx'sche Basis-Überbau-Schema zu bemühen, wird der politische Drahtseilakt deutlich, den es bedeutet, den sozialistischen und anti-imperialistischen Staat in Kuba zu einem erheblichen Teil auf den Geldsendungen eben derer aufzubauen, die ihm den Rücken gekehrt haben und in den USA leben.

Die Latinos auf der politischen Agenda lateinamerikanischer Regierungen

Wo die Latinos in den USA eine massive wirtschaftliche Bedeutung für viele Länder Lateinamerikas bekommen haben, sind auch soziale und politische Umorientierungen nicht ausgeblieben. In der dominanten Sicht der Länder wurden die Emigranten lange Zeit – teils offen, teils unterschwellig – negativ bewertet; sie galten als „schlechte Patrioten“, die für ihr eigenes Fortkommen ihrem Vaterland den Rücken gekehrt haben.

Diese Sicht hat sich geändert; vielerorts gibt es Versuche, die Emigranten in einen Nationenbegriff zu integrieren, der nicht an den Grenzen des Nationalstaats halt macht. Seit den 90er Jahren sind von vielen Staaten Initiativen lanciert worden, die die Beziehungen zu den Emigranten-*Communities* in den USA positiv gestalten und ihr einen auch langfristigen institutionellen Rahmen geben sollen. In Haiti ist für die Beziehungen zum *10. Département*, wie die Auslandsgemeinde in Anspielung auf die neun administrativen Einheiten

der Insel genannt wird, gar ein eigenes Ministerium geschaffen worden.

Als Herkunftsland für rund zwei Drittel der US-Latinos kommt der Entwicklung in Mexiko besondere Bedeutung zu. Bereits 1990 etablierte hier die PRI-Regierung ein erstes großes Programm, das explizit auf die Emigranten in den USA zielte, das *Programa para las Comunidades Mexicanas en el Exterior* (PCME). Dennoch setzte der im Jahr 2000 neu gewählte Präsident Vicente Fox die Anliegen der Mexikaner, die in den USA leben, sehr viel prominenter als zuvor auf die Agenda der mexikanischen Regierung. In symbolischen Aktionen fuhr er an Grenzstationen zu den USA, um emigrierte Mexikaner persönlich zu begrüßen, die auf Heimatbesuch die Grenze überquerten. Darüber hinaus erklärte die Regierung Fox die Situation der *Mexican-Americans* und Fragen der Migration auch zur außenpolitischen Priorität des Landes in den Beziehungen zur USA. Die Agenda der mexikanischen Regierung konzentrierte sich dabei auf fünf Punkte:

- Normalisierung des legalen Status von 5 Millionen Mexikanern, die in den USA in ungesicherten Rechtsverhältnissen leben und arbeiten;
- Erleichterungen für temporäre oder Saison-Arbeit in den USA;
- Genereller Anstieg der Zahl legaler Einreise-Visa und Arbeitserlaubnisse;
- Verbesserung der Sicherheitslage entlang der Grenze zwischen Mexiko und den USA, um die Zahl der Todesfälle bei illegalen Grenzübertritten zu minimieren;
- Förderung arbeitsintensiver Investitionen von US-Unternehmen in den Hauptentsenderegionen der mexikanischen Migranten.

In direkten Verhandlungen zwischen Fox und Bush schienen im Jahre 2001 insbesondere beim rechtlichen Status der Mexikaner in den USA überaus bemerkenswerte Fortschritte möglich. Bevor es jedoch zu einer Unterzeichnung diesbezüglicher Abkommen kam, unterbrachen die Attentate auf das *World Trade Center* vom 11. September abrupt die außenpolitische Prioritätensetzung der USA. Als die USA die Migrationsverhandlungen mit Mexiko schließlich wieder aufnahmen, hatten sich die erstaunlich offenen Positionen der frühen *Honeymoon*-Phase verflüchtigt. Die neue Tonlage fand ihren spektakulärsten Ausdruck in einer Ankündigung des Auswärtigen Komitees des US-Repräsentantenhauses im Mai dieses Jahres, die in großer Direktheit zwei sehr verschiedene Fragen miteinander ver-

knüpfte: Ein für Mexiko – und die Mexikaner in den USA – vorteilhaftes Abkommen sei dann denkbar, wenn die mexikanische Regierung als Gegenleistung die staatliche Ölgesellschaft PEMEX für ausländische Investoren öffnen würde.

In der mexikanischen Öffentlichkeit sorgte dies für einen Aufschrei der Empörung, und auch die mexikanische Regierung lehnte eine derartige Konditionalität rundheraus ab. Dennoch zeigt der Konflikt in großer Deutlichkeit, wie fließend die Übergänge zwischen Innen- und Außenpolitik geworden sind, welche Bedeutung die Emigranten in den USA für die Regierungen Lateinamerikas haben kann und welcher hoher politischer Stellenwert ihnen in den Beziehungen Lateinamerikas zu den USA zukommen kann.

Tab. 3: Latino-Bevölkerung in den USA, 1950-2002

Jahr	Anzahl (Mio.)	Prozent der Bevölkerung	Prozent Veränderung zum Vorjahrzehnt
1950	4,039	2,6	43,5
1960	6,346	3,5	57,2
1970	9,616	4,7	51,5
1980	14,608	6,4	51,9
1990	22,354	9,0	53,0
2000	30,271	10,9	35,4
2002	35,300	12,5	--

Quelle: U.S. Census Bureau 2003 (www.census.gov).

Einfluss auf die US-Außenpolitik?

Besondere Beachtung hat die Frage gefunden, inwieweit sich die demographische „Lateinamerikanisierung“ der USA auf die Außenpolitik des Landes – insbesondere gegenüber Lateinamerika – auswirkt. Das prominenteste Beispiel hierfür bietet die kubano-amerikanische *Community*, die seit vielen Jahren Einfluss auf die US-amerikanische Kuba-Politik nimmt. Der Erfolg dieser Lobby-Arbeit liegt jedoch in einer Reihe von Faktoren begründet, die für andere Gruppen kaum zu kopieren sind: die kubanische *Community* ist im Kern aus der Ober- und Mittelschicht ihres Heimatlandes entstanden und kann daher sehr viel höhere Ressourcen mobilisieren als andere Immigrantengruppen, die mehrheitlich eher der Unterschicht entstammen; ihre privilegierte Aufnahme in den USA, was nicht zuletzt die vergleichsweise schnelle Gewährung von US-Staatsbürgerschaft und damit Wahlrecht umfasst; die

politisch homogenisierende Wirkung, die aus der Oppositionshaltung zur Regierung Fidel Castros als zentrales identitätsstiftendes Moment für die Mehrheit der *Cubanos* in den USA resultiert (daher auch die Selbstbeschreibung als „Exil“); und schließlich der keineswegs gering zu schätzende Umstand, dass die „Exil“-Kubaner in ihrer Hardliner-Haltung gegen die kubanische Regierung auf einen weitgehenden ideologischen Rückhalt im konservativen Mainstream des US-Establishments zählen konnten und immer noch können.

Ein ganz anderer Fall, in dem eine außenpolitische Mobilisierung der Immigranten erfolgreich war, bietet die haitianische *Community* in den USA nach dem Putsch Cédras gegen die Regierung Aristide. Die Wiedereinsetzung Aristides war dabei eine Forderung, die nicht nur die Haitianer in den USA untereinander verband, sondern die auch die politische Allianzbildung zu anderen Bevölkerungsgruppen ermöglichte – und zwar weniger zu den US-Latinos mit anderen Herkunftsländern als vielmehr zu liberalen Kräften im „weißen“ US-Establishment und insbesondere den Vertretern der afro-amerikanischen *Community* in den USA. Nicht der *Hispanic Caucus*, sondern der *Black Caucus*, der Zusammenschluss der schwarzen Abgeordneten im US-Kongress, wurde zu einem zentralen Verbündeten des ge-

stürzten Präsidenten Aristide in seiner Exil-Zeit in den USA.

Weder der haitianische Sonderfall noch das Paradebeispiel der exil-kubanischen Lobbyarbeit sind jedoch verallgemeinerbar für die Latinos in den USA insgesamt. Ganz im Gegenteil. Auch wenn sie vielfältige und oft intensive Beziehungen zu ihren Herkunftsorten unterhalten, so sprechen doch alle Umfrage-Daten dafür, dass für die große Mehrzahl der Latinos ihre politischen Prioritäten ganz weitgehend nicht bei der Außenpolitik der USA liegen, sondern bei Fragen ihrer konkreten sozialen Situation in den USA: ihr legaler Status, ihre Arbeitsaussichten, die Wirtschaftsentwicklung, Bildung und Gesundheitsversorgung, Sicherheit, Sozialleistungen.

Auch wenn die Erfahrung der lateinamerikanischen Immigration in den USA nicht in jeder Hinsicht dem *melting pot*-Modell der Assimilation der europäischen Einwanderer folgt, sondern Bilingualität und transnationale soziale Netzwerke neuer Qualität entstehen: Für die große Mehrzahl der Latinos in den USA sind die Länder Lateinamerikas die ihrer Herkunft, nicht die ihrer Zukunft. Für die USA aber ist die Zukunft eine sehr viel stärker lateinamerikanisch geprägte als es „der Nachbar im Norden“ lange Zeit wahrhaben wollte.

Literaturhinweise:

- Bonilla, Frank et al. (Hrsg.) (1998): *Borderless Borders: U.S. Latinos, Latin Americans, and the Paradox of Interdependence*, Temple University Press.
- De la Garza, Rodolfo O. / Pachon, Harry P. (Hrsg.) (2000): *Latinos and U.S. Foreign Policy – Representing the “Homeland”?* Lanham et al.: Rowman & Littlefield.
- García, F. Chris (Hrsg.) (1997): *Pursuing Power: Latinos in the Political System*, University of Notre Dame Press.
- Hensel, Silke (2003): Kollektive Identität und Staatsbürgerschaft: Die Geschichte von Inklusion und Exklusion der Mexican Americans und Puertoricaner in den USA; in: Gabbert et al (Hrsg.): *Jahrbuch Lateinamerika Analysen und Berichte*, Band 27; Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Hoffmann, Bert (2002): *El cambio imposible: Cuba como "asunto interméstico" en la política de EE.UU.*; in: Bodemer, Klaus et al. (Hrsg.): *El Triángulo Atlántico. América Latina, Europa y los Estados Unidos en el sistema internacional cambiante*; Sankt Augustin: KAS, S. 352-362.
- Huntington, Samuel (1997): *The Erosion of American National Interests*; in: *Foreign Affairs*, Vol. 76, no. 5, Sept.-Oct.
- MIF / IDB (Multilateral Investment Fund / Inter-American Development Bank) (2003): *Sending Money Home. An International Comparison of Remittance Markets* (<http://www.iadb.org/exr/prensa/images/RoundTablesFEB2003.pdf>).
- Monreal, Pedro (1999): *Migration und Überweisungen in Kuba*; in: Dirmoser et al. (Hrsg.): *Jahrbuch Lateinamerika Analysen und Berichte*, Band 23; Bad Honnef: Horlemann.
- Pew Hispanic Center/ Kaiser Family Foundation: *National Survey of Latinos: The Latino Electorate*, October 2002; www.pewhispanic.org.

Ausgewählte Links

Directory of Hispanic Organizations:
www.hispaniconline.com

Extensión en Español:
<http://extensionenespanol.net>

League of United Latin American Citizens:
www.lulac.org

Multilateral Investment Fund (MIF):
www.iadb.org/mif

National Association of Latino Elected and
Appointed Officials:
www.naleo.org

Pew Hispanic Center:
www.pewhispanic.org

Tomás Rivera Policy Institute:
www.trpi.org

U.S. Census Bureau:
www.census.gov

Eine umfassende Link-Liste bietet das *Latin American Network Information Center* (LANIC) der *University of Texas* unter:

<http://lanic.utexas.edu/la/region/hispanic/index.html>

Autorennotiz: Bert Hoffmann ist Politikwissenschaftler am Institut für Iberoamerika-Kunde, Hamburg und Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lateinamerika-Institut der Freien Universität Berlin. Promotion zum Thema: „The Politics of Internet in Third World Development“. Jüngste Buchveröffentlichung (zus. mit R. Herzog und M. Schulz): *Internet und Politik in Lateinamerika* (6 Bände); Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde 55, Frankfurt: Vervuert.

Regionale Arbeitsschwerpunkte: Mexiko, Karibik, Kuba, USA-Lateinamerika.

Homepage: www.duei.de/iik/hoffmann; E-Mail: hoffmann@iik.duei.de

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Wolfgang Bauchhenß und Ditta Kloth.

Bezugsbedingungen: € 61,50 p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); € 46,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); € 31,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von € 15,30 erhoben. Einzelausgaben kosten € 3,10 (für Studierende € 2,10). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: www.duei.de/iik

Soeben erschienen:

LATEINAMERIKA ANALYSEN

ISSN 1619-1684

Heft 5, Juni 2003

Themenschwerpunkt:

Amerika den Amerikanern?

Chancen und Risiken der Freihandelszone ALCA

Weitere Aufsätze:

C. Santos: Bürokratische Effizienz durch Partizipation?

P. Nunnenkamp: Ausländische Direktinvestitionen in Lateinamerika